

THEOLOGISCHE REVUE

120. Jahrgang

– April 2024 –

Rom in Berlin. 100 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Deutschland, hg. v. Günther WASSILOWSKY. – Freiburg i. Br.: Herder 2022. 208 S., geb. € 38,00 ISBN: 978-3-451-39095-1

Rom in Berlin – der kleine Sammelbd. verschiedener Beiträge ist zum 100jährigen Bestehen der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Deutschland im Jahre 2020 erschienen. Die Beiträge beleuchten sowohl die historischen, die rechtlichen wie auch die dogmatischen Hintergründe. Zudem kommen mit dem Nuntius und dem Kardinalstaatssekretär zwei maßgebliche Akteure der Gegenwart zu Wort. Alle Beiträge wurden bei einem interdisziplinären Symposium der Apostolischen Nuntiatur und dem Zentralinstitut für Kath. Theol. der Humboldt-Univ. gehalten, das aus Anlass des Jahrestages – pandemiebedingt um ein Jahr verschoben – am 30. Juni 2021 in der Nuntiatur in Berlin stattgefunden hat.

An den Anfang hat der Hg. des Bd.s seinen eigenen Beitrag über Wilhelm von Humboldt gestellt – „Wilhelm von Humboldt in Rom“ (9–24). In diesem sieht der Vf. einen Protagonisten, der diplomatische Beziehungen zum Heiligen Stuhl hat, weil Humboldt 1802 die Stelle eines Residenten des Königreichs Preußen beim Heiligen Stuhl antritt. Als solcher ist er nicht nur Repräsentant des preußischen Königs, sondern auch – ausweislich der Instruktion, die man ihm mitgibt – Vertreter des absolutistischen Staatskirchentums Preußens, das der König auf die kath. Kirche übertragen will. Der Papst wird als weltlicher Herrscher gesehen, den die preußischen Katholiken als religiöses Oberhaupt verehren, der aber nach Auffassung des preußischen Königs nicht legitimiert ist, in dessen Kirchenhoheit hineinzuregieren. Damit geht einher, dass es weder eine vertragliche Regelung mit dem Heiligen Stuhle geben darf (weil dadurch die Kirchenhoheit eingeschränkt würde) noch die Entsendung eines Nuntius. Im Weiteren beschreibt der Vf. anhand von Quellen Humboldts Romerfahrung, die von kulturellem Reichtum und durchaus positiven Begegnungen am päpstlichen Hofe geprägt sind – entgegen allen protestantischen Klischees und preußischen Ressentiments. Nicht zuletzt im Vertrauensverhältnis zwischen Humboldt und Kardinalsstaatssekretär Ercole Consalvi sieht der Vf. ein wertvolles Kapital für den Kirchenstaat, dass dieser beim Wiener Kongress nutzen konnte. Schließlich wirft er noch einen Blick darauf, dass Humboldt seine Residenz in Rom – Dank seiner Frau – zu einem Treffpunkt für die zahlreichen deutschen Künstler des Neoklassizismus macht und rundet damit das Bild von Humboldts Wirken ab.

Der zweite Beitrag „Primat der Außenpolitik – Über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhl und der Weimarer Republik“ (25–41) von *Stefan Samerski* katapultiert den Lesenden nahezu 100 Jahre weiter. Dazu beleuchtet der Vf. zunächst das Verhältnis zwischen Hl. Stuhl und zweitem Kaiserreich in dessen Gründungsphase und erläutert, warum es zu

keinen diplomatischen Beziehungen zwischen Rom und Berlin (stattdessen zum *Kulturkampf*) kam – auch wenn die preußische Gesandtschaft 1882 wieder besetzt wurde. Im Ersten Weltkrieg – z. B. bei der Friedensinitiative Benedikts XV. – lief die Korrespondenz über die Vertretung des Hl. Stuhls in München. Erst die junge Republik und mit ihr die erstarkten politischen kath. Kräfte schafften die Voraussetzungen für diplomatische Beziehungen zwischen dem Hl. Stuhl und dem Deutschen Reich. Diese kamen den nach der Niederlage außenpolitisch isolierten Deutschen sehr gelegen – zumal der Hl. Stuhl z. B. bei den Friedensverhandlungen zugunsten Deutschlands intervenierte. Die weiteren Entwicklungen und die Verknüpfung mit der Konkordatspolitik, die für Nuntius Eugenio Pacelli im Vordergrund stand, werden vom Vf. detailliert dargestellt. So gibt die Konkordatspolitik den Ausschlag dafür, dass Nuntius Pacelli erst 1925 von München nach Berlin übersiedelt. Zunächst musste das Bayerische Konkordat unter Dach und Fach sein. Der Vf. liefert einen aufschlussreichen Beitrag zu den außenpolitischen Verknüpfungen und zur Abkehr von der Bismarck'schen Skepsis gegenüber dem Hl. Stuhl.

Im folgenden Aufsatz wendet sich *Birgit Aschmann* dem Thema „Katholiken und Weimar: In der Republik der Außenseiter“ (42–70) zu. In sieben Thesen stellt die Vf.in einerseits Kontinuitäten andererseits Veränderungen dar, die die kath. Kirche in Deutschland im Übergang vom 19. zum 20. Jh. prägten. Zunächst beschreibt die Vf.in das Arrangement, das Katholiken und Kaiserreich im 19. Jh. gefunden haben und das von wachsendem gegenseitigem Wohlwollen geprägt war (erste These). Dementsprechend wurden die Niederlage 1918 und der Zusammenbruch der alten Ordnung auch unter Katholiken als tiefe Krise empfunden – so die zweite These. Zugleich schlug mit der neuen Ordnung und der Gründung der Republik die Stunde der Verantwortung, der sich die politischen kath. Kräfte bereitwillig stellten – so die dritte These. In der Folge konnten diese Kräfte Einfluss auf politische Weichenstellungen nehmen – wie das Verhältnis von Staat und Kirche in Form einer modifizierten Trennung, die Eingang in die Verfassung fand. Das kath. Selbstbewusstsein, das damit einherging, fand seinen Ausdruck v. a. in der wachsenden Bedeutung kath. Organisationen wie Verbänden und der Zentrumspartei – dem gesellschaftlichen Fundament der Katholiken seit dem 19. Jh. – so die vierte These. Verdienstvoll in diesem Zusammenhang ist die Würdigung, die die Vf.in Matthias Erzberger zuteilwerden lässt. Die fünfte These beleuchtet, wie die – kath. – Frauen die Republik und die neue Ordnung mitgestalten und welche einflussreiche Rolle ihnen trotz zahlenmäßiger Unterlegenheit zukommt. In der sechsten These legt die Vf.in *Verhaltenslehren des Herzens in der Weimarer Republik* dar. Die Bemühungen um liturgische und geistliche Erneuerung in der kath. Kirche nach dem Debakel des Ersten Weltkriegs setzt die Vf.in mit einer *Emotionalisierung* gleich, was ebenso Fragen aufwirft wie ihre Ausführungen zur *Maskulinisierung*. In der letzten (siebten) These befasst sich die Vf.in mit der Haltung der Katholiken zum aufkommenden Nationalsozialismus. Sie zeigt sich überzeugt, dass sich Katholiken diesem mehrheitlich nicht entgegenstellten haben, und sieht dafür strukturelle Gründe in der hierarchischen Verfasstheit der kath. Kirche. Dass andere gerade darin einen Grund für kath. Resilienz im Nationalsozialismus sehen und dass die synodal verfassten ev. Kirchen keineswegs widerständiger im Dritten Reich waren, sei kritisch angemerkt.

Mit staats-, völker- und kirchenrechtlichen Implikationen der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Hl. Stuhl befasst sich der Beitrag von *Christian Waldhoff* – „Universalität und Partikularität“ (71–126). Der Vf. ordnet die Aufnahme diplomatischer Beziehungen in das neue Verhältnis von Staat und Kirche in der Weimarer Republik ein. Dabei zieht er eine Parallele

zwischen der föderalen Verfassung des Deutschen Reiches und der Struktur der kath. Kirche, in der die Universalkirche aus vielen Ortskirchen gebildet wird. Damit gehen unterschiedliche Zuständigkeiten der zentralen und der regionalen Ebene einher. Das wiederum spielt in Deutschland eine besondere Rolle, weil Kultusangelegenheiten Sache der Länder sind, während in der Kirche die Zentrale zuständig ist, wenn es um die Beziehungen zu den Staaten und völkerrechtliche Fragen geht. Vor diesem Hintergrund analysiert der Vf. Entstehung und Entwicklung der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Hl. Stuhl, um den gegenwärtigen Rechtsstatus besser zu verstehen. Dazu geht er auf Universalität und Partikularität Deutschlands und der Kirche ein, stellt den völkerrechtlichen Status der Kirche dar, geht auf die unterschiedlichen völkerrechtlichen Beziehungen ein, und erläutert die Veränderungen, die sich für Katholiken aus dem neuen Staatskirchenrecht in der Weimarer Republik ergeben.

Nach dieser rechtlichen Perspektive schaut *Georg Esser* in seinem Beitrag „Die ‚christliche Ordnung‘ und der moderne Staat – Die katholische Staatsrechtslehre zwischen Beharrung und Neuaufbruch“ (127–146) mit einem systematisch-theol. Blick auf das Verhältnis von Kirche und Staat. Vor dem Hintergrund des tiefen Einschnitts, den der Untergang der monarchischen Ordnung und die Gründung der ersten Republik auch aus Sicht der Kirche bildete, befasst er sich zunächst mit dem Verhältnis der kath. Kirche zur Demokratie. Dazu erläutert er die ablehnende Haltung der Kirche zu Freiheit und Autonomie im Allgemeinen und Menschenrechten im Besonderen, die sich insbes. in der Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution herausgebildet hat. Zudem geht er auf das Selbstverständnis der Kirche als *societas perfecta* ein, die sich dem Staat gegenüber nicht nur ebenbürtig, sondern in *potestas* und Würde überlegen sah. Abgeleitet aus der Schöpfungsordnung lehnte die Kirche die Volkssouveränität entschieden ab und vertrat vehement die Idee des monarchischen Gottesgnadentums. Im zweiten Abschnitt legt der Vf. die Staatslehre Leos XIII. als Referenzposition der Weimarer Jahre dar. Aufgrund dessen Erfahrungen als Nuntius in Belgien, das seit 1830 eine konstitutionelle Monarchie war, habe dieser einen pragmatischen Umgang mit den veränderten politischen Umständen gepflegt und eine neue Tonalität in der Staatslehre gefunden. Dennoch bleibt es bei der Ablehnung von Volkssouveränität und Menschenrechtsidee, was – so der Vf. – von einem legitimationstheoretischen Geltungssinn vorangetrieben worden sei. Daher sei die Monarchie die einzige gottgewollte Staatsform. Dass politisch verantwortliche Katholiken 1919 damit vor dem Problem standen, sich mit einer Staatsform zu arrangieren, die im Widerspruch zur Lehre der Kirche stand, beschreibt der Vf. im dritten Abschnitt – „Auf dem Boden der Tatsachen“. Positionierungen der römisch-katholischen Kirche in den Weimarer Verfassungsdebatten“ (139–145). Als zentrales Thema macht er die Volkssouveränität aus, mit der sich die innerkath. Debatten in der Weimarer Republik im Schwerpunkt befasst hätten. Befördert wurde diese Diskussion durch die Pluralität der Katholiken – Bischofskonferenz, Zentrum und vielfältige kath. Verbände. So sei es den Bischöfen nicht gelungen, diese Pluralität in politischen Fragen doktrinal und disziplinarisch einzuhegen. Vielmehr sei es den politisch verantwortlichen Laien gelungen, sich pragmatisch auf die politischen und sozialen Realitäten einzulassen und dogmatische und lehramtliche Fragen zurückzustellen. In diesem Zusammenhang hätte es sich angeboten, den ungemein wichtigen Beitrag der Männer und Frauen in der kath. Zentrumsparterie zur Republik und zur demokratischen Ordnung in der Weimarer Republik herauszustellen. Im letzten Abschnitt widmet sich der Vf. dem „Katholizismus in der politischen Moderne. Ein nicht ungetrübter Ausblick“ (145f). Er beschreibt, wie die Kirche von den Errungenschaften der Demokratie und dem Staatskirchenrecht der Weimarer

Republik profitiert habe und welche Entwicklung die kath. Staatslehre im Zweiten Vatikanum genommen hat. Als Defizit macht er aus, dass es nach wie vor kein kirchliches Dokument gebe, das das Prinzip der Volkssouveränität anerkenne, und er weist abschließend auf die Gefahren hin, die durch autoritäre Entwicklungen in einzelnen europäischen Ländern dräuen.

Der folgende Beitrag des Apostolischen Nuntius, *Erzbischof Nikola Eterovic*, widmet sich dem „Dienst an der Religionsfreiheit. Hundert Jahre diplomatische Beziehungen Heiliger Stuhl – Deutschland (1920–2020)“ (147–191). Nach grundlegenden Ausführungen zum auswärtigen Dienst des Hl. Stuhls ruft der Vf. anhand kurzer Biographien die bisherigen Nuntien in Deutschland sowie die deutschen Botschafter beim Hl. Stuhl in Erinnerung. Nach einer Auflistung der Deutschlandreisen der Päpste Johannes Paul II. und Benedikt XVI., diverser Audienzen deutscher Politiker sowie der Konkordate und der Verträge mit dem Hl. Stuhl würdigt der Vf. letztere als klaren und stabilen rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen die kath. Kirche ihrem Auftrag in der Bundesrepublik nachkommen könne – auf der Grundlage der Religionsfreiheit, deren rechtliche Verankerung er in Erinnerung ruft, um in der abschließenden Zusammenfassung auch die ökumenische Zusammenarbeit mit den anderen christlichen Konfessionen zu würdigen.

Den Abschluss des Buches bildet der Beitrag von Kardinalstaatssekretär *Pietro Kardinal Parolin*: „Der Heilige Stuhl und Deutschland: 100 Jahre diplomatische Beziehungen (1920–2020)“ (192–204). In seinem Resümee und Ausblick – so der Vf. – geht er zunächst auf historische und europäische Bezüge seit dem frühen Mittelalter ein und erinnert an den Auftrag zum Frieden, der aller politischen Verantwortung innewohnt. Sodann zeichnet er die rechtliche und geschichtliche Entwicklung des Verhältnisses zwischen weltlicher und kirchlicher Macht vom Mittelalter bis zur Gegenwart nach, um abschließend zu einer positiven Bewertung des Verhältnisses von Bundesrepublik und Heiligem Stuhl zu kommen.

Insgesamt beleuchtet der Bd. unterschiedliche Aspekte der Beziehung zwischen Deutschland und dem Heiligen Stuhl und erläutert komprimiert und zugleich umfassend die historischen, rechtlichen und dogmatischen Hintergründe. Positiv ist, dass dies durchgängig mit Bezug auf die Gegenwart geschieht und so Perspektiven für die Zukunft, die angesichts der anstehenden großen (gesellschaftlichen) Veränderungen unverzichtbar sind, aufgezeigt werden.

Über den Autor:

Antonius Hamers, Dr., Münster (hamers-a@bistum-muenster.de)